



Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden fordert Migrationsgipfel

Die Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden fordert zeitnah einen Migrationsgipfel der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler. Die unverändert viel zu hohen Zugangszahlen sowie die damit verbundenen enormen Belastungen für Länder, Kommunen und Gesellschaft erfordern weitere Schritte. Das zu negieren, zeugt von einem Realitätsverlust der Ampelregierung. Zu den notwendigen Maßnahmen gehören unter anderem die Reform des Asylrechts, die Durchführung der Asylverfahren in Drittstaaten, die Ausreisezentren des Bundes, die Zurückweisungen an den Außengrenzen, Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsländer, mehr Tempo bei den längst überfälligen Rückführungsabkommen, die bedarfsgerechte Unterstützung und Finanzierung der Kommunen bei der Unterbringung und vor allen Dingen die schnellstmögliche Korrektur der jetzt mit dem vermeintlichen „Rückführungsverbesserungsgesetz“ geplanten Pflichtbeordnung von Rechtsanwälten in Abschiebefällen. Die Ampel verhindert damit nicht nur Rückführungen in der Praxis, sondern blockiert geradezu rechtsstaatliche Abschiebeentscheidungen. Das Aufgabenheft für die Bundesregierung ist also prall gefüllt. Die Weigerung des Bundeskanzlers, den Forderungen aus dem Kreis der Ministerpräsidenten nach einem erneuten Gipfel nachzukommen, ist nichts anderes als ein gefährliches Wegducken.

Hunderttausende haben an den vergangenen Wochenenden in vielen deutschen Städten für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt demonstriert. Es ist ein Vertrauensvorschuss der Mitte der Bevölkerung in die Handlungsunfähigkeit des Staates. Dieses Vertrauen darf nicht durch Untätigkeit bei großen Herausforderungen zerstört werden.